

Der Kohlebergbau im Konzept einer zukunftsorientierten Energiepolitik

Adolf Schmidt, geb. 1925 in Holzhausen bei Homburg, ist seit 1951 Sekretär der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Er besuchte die Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main. 1965 erfolgte seine Wahl in den Vorstand. Seit 1969 ist Adolf Schmidt 1. Vorsitzender der IGBE.

Gesellschaftspolitische Aspekte wirtschaftlichen Wachstums

Der Wohlstand unseres Volkes hängt nicht nur vom Grad der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen ab, sondern wird auch durch den Zustand unserer Umwelt, die Gesundheit der Menschen und den sozialen Frieden bestimmt. Und dennoch dürfen wir darüber nicht vergessen, daß Wohlstand für die große Mehrheit der Bevölkerung wesentlich von der materiellen Entfaltungsfreiheit abhängt. Schon das gibt mir Anlaß genug, auch in der Zukunft nachdrücklich für Wachstum als Ziel der Wirtschaftspolitik einzutreten.

Ohne Wachstum läßt sich aber auch Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik nicht wieder erreichen. Dies ist das zentrale wirtschaftspolitische Problem, vor dem

wir heute und in den nächsten Jahren stehen. Niemand glaubt, daß die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums allein ausreichen wird, um allen Arbeitslosen neue und sichere Arbeitsplätze zu geben. Ohne Wachstum sind aber nicht einmal die vorhandenen Arbeitsplätze sicher. Wir brauchen Wachstum, um das Recht auf Arbeit zu verwirklichen und den sozialen Frieden zu sichern. Daher sehen wir es als eine zentrale Aufgabe aller politischen Instanzen an, die Grundlagen für solches Wachstum zu schaffen.

Den Streit darüber, in welchem Umfange es durch einen rationelleren Einsatz knapper Energieressourcen gelingen kann, den Anstieg des Primärenergieverbrauchs unterhalb der realen Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes zu halten, will ich den Experten überlassen. Für mich ist entscheidend, daß angesichts der Begrenztheit der Vorräte und der bei jeder Form der Energienutzung letztlich unvermeidbaren Umweltbelastung alle Möglichkeiten, die Verschwendung von Energie weiter zu begrenzen, ausgeschöpft werden müssen.

Alle Anstrengungen, die hier unternommen werden müssen, und alle Fortschritte, die auf diesem Gebiet noch möglich sind, können jedoch die Verknüpfung von Wachstum, Vollbeschäftigung und steigendem Energieverbrauch nicht auflösen.

Für einen leistungsfähigen Kohlebergbau

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie sieht es daher als eine ihrer Aufgaben an, zu allgemeinen Fragen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland Stellung zu nehmen. Nur so kann sie einerseits die Interessen ihrer Mitglieder wirksam vertreten und gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung unserer Gesellschaft leisten. Sie sieht mit großer Sorge, daß in der gegenwärtig oft mit großer Heftigkeit und manchmal geringer Sachkenntnis geführten energiepolitischen Diskussion grundlegende Zusammenhänge übersehen werden.

Angesichts der natürlichen Gegebenheiten auf der Erde kann nur ein leistungsfähiger Kohlebergbau langfristig die zuverlässige Versorgung mit Energie und chemischen Rohstoffen gewährleisten. Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland in ganz besonderem Maße. Nur Kohle steht uns aus eigener Förderung in ausreichender Menge zur Verfügung, während Mineralöl und Erdgas, die auf der Erde ohnehin schon in wenigen Jahrzehnten nicht mehr verfügbar sein werden, aber auch Uran unter großen Unsicherheiten importiert werden müssen. Dennoch gehen wir davon aus, daß auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden kann. Wenn nicht auch der Bau neuer Kernkraftwerke sehr bald fortgesetzt wird, drohen schon in wenigen Jahren unerträgliche Engpässe in der Stromerzeugung. Die deutsche Steinkohle kann nur für einen begrenzten Zeitraum die Lücke in der Stromerzeugung ausfüllen, die bereits heute durch die Verzögerungen bei neuen Kernkraftwerken entstanden ist.

Der deutsche Kohlebergbau braucht langfristige Planungsgrundlagen und ein tragfähiges Finanzierungsfundament, um sich unter großen Anstrengungen auf die ihm neu zuwachsenden Aufgaben vorzubereiten. Seine eigene Kraft reicht gegenwärtig nicht aus, um konjunkturelle Einbrüche ohne Hilfe zu überwinden und gleichzeitig die notwendigen Investitionen für die Zukunft vorzunehmen. Wir brauchen politische Lösungen, an denen sich neben dem Bund alle Bundesländer beteiligen müssen. Kohlepolitik darf nicht nur in Bonn, Düsseldorf und Saarbrücken getrieben werden, sondern muß auch von den Regierungen in Stuttgart, München, Bremen und Kiel in der Einsicht mitgetragen werden, daß ohne mutige politische Entscheidungen der Bergbau nicht in der Lage ist, seine heute manchmal noch großen Probleme zu überwinden.

Förderkapazitäten und Kohlekraftwerke

Die wichtigste Aufgabe, vor der der Steinkohlenbergbau in den kommenden Jahren steht, ist es, die gegenwärtigen Förderkapazitäten aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel ist ihm durch das Energieprogramm der Bundesregierung vorgegeben. Schon um die bestehende Produktion halten zu können, müssen in zunehmendem Umfang neue Schächte über neuen Lagerstätten niedergebracht werden. Dabei sind natürlich alle Erfordernisse des Umweltschutzes zu beachten, soweit das irgend möglich ist. An der Tatsache aber, daß neue Schächte zur Seilfahrt und Bewetterung nötig sind, kann das nichts ändern.

Das große Problem, mit dem wir uns konfrontiert sehen, ist die Tatsache, daß nicht nur der Bau von Kernkraftwerken verzögert wird, sondern auch neue Kohlekraftwerke zur Zeit nur unter Überwindung großer Widerstände zu errichten sind. Wir haben für manche Einsprüche um so weniger Verständnis, da sich oft die gleichen Personen gegen den Bau von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken zugleich richten. Dies ist inkonsequent und oft nur dadurch zu erklären, daß persönlicher Egoismus die Einsicht in gesamtwirtschaftliche Erfordernisse verstellt. Wir wehren uns auch mit aller Kraft gegen die, die den Widerstand gegen Kraftwerke gleich welcher Art in den Versuch kanalisieren wollen, unsere gesellschaftliche Ordnung aufzubrechen.

Moderne Kohlekraftwerke sichern nicht nur die Elektrizitätsversorgung, sondern dienen durch ihre umweltfreundliche Technologie und durch geringen Primärenergieverbrauch auch der Schonung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dennoch sind bei der umweltfreundlichen Verwendung von Kohle noch Fortschritte möglich. Dabei denken wir vor allem an eine weitere Verbesserung der Verfahren zur Rauchgasentschwefelung und an die Entwicklung wirtschaftlich konkurrenzfähiger Verfahren zur Erzeugung von Gas aus Kohle. Die besten Aussichten bieten sich dafür in der Zusammenarbeit mit der Kernenergie.

Humanisierung der Arbeit und Leistungssteigerung

Um der Kohle den Fortschritt zu erschließen und ihr langfristig einen Beitrag zu einem zukunftssicheren Energieversorgungssystem zu ermöglichen, müssen umfangreicher als bisher staatliche Forschungsmittel bereitgestellt werden.

Die Abbaubedingungen unter Tage müssen mit öffentlicher Hilfe weiter verbessert werden. Humane Arbeitsbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung, um Menschen für die schwere Arbeit im Bergbau zu gewinnen. Es muß doch zu denken geben, wenn heute trotz hoher Arbeitslosigkeit offene Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau nicht oder nur sehr schwer neu zu besetzen sind.

Durch eine Verbesserung der Abbaubedingungen muß gleichzeitig aber auch eine weitere Leistungssteigerung erreicht werden. Wir haben eine solche positive Rationalisierung immer begrüßt und gefordert, weil nur so die Voraussetzung für das Überleben des Steinkohlenbergbaus in Deutschland geschaffen werden konnte. Der technische und organisatorische Fortschritt muß weitergehen, muß dazu beitragen, daß gleichzeitig die Arbeit leichter wird und der Bergbau der deutschen Volkswirtschaft Kohle zu konkurrenzfähigen Preisen zur Verfügung stellen kann.

Die IG Bergbau und Energie hat immer wieder erklärt, daß die Arbeitnehmer des deutschen Bergbaus ihren Beitrag dazu leisten werden. Dieser Beitrag ist jedoch nur dann möglich, wenn die derzeitige Förderkapazität von 94 Mio t Steinkohle langfristig erhalten und der entsprechende Absatz gesichert wird sowie alle einheimischen Braunkohlenvorkommen genutzt werden.

Unsere Kollegen im Kohlebergbau brauchen aber das Vertrauen, daß unsere Gesellschaft ihre Arbeit auch in der Zukunft braucht und die Gewißheit, daß ihnen bei ihren Sorgen geholfen wird.

Friedliche Nutzung der Atomenergie

Trotz aller Anstrengungen zur Einsparung von Energie, zur Entwicklung neuer Energieträger und zum Einsatz von Kohle können wir auf die weitere und stark wachsende friedliche Nutzung der Kernspaltung unter keinen mir vorstellbaren Umständen verzichten, ohne letztlich die stetige Entwicklung und damit den Bestand unserer Gesellschaft zu gefährden. Die einstimmig beschlossene Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes vom 5. April 1977 stellt diesen Zusammenhang sehr klar heraus.

Ich verstehe sehr gut, daß die Diskussion um die Kernenergie von engagierten Mitmenschen mit großer Sorge und manchmal auch mit heftigen Emotionen geführt wird. Gerade die Entscheidung für die Kernenergie darf nicht gegen die Angst unserer Mitbürger gefällt werden, sondern muß auf deren Vertrauen und Zustimmung

HANS MATTHÖFER

gründen. Um Zustimmung und Vertrauen zu ringen, ist daher eine Aufgabe, der wir uns in einer lebensfähigen Demokratie auch in der Energiepolitik immer wieder stellen müssen.